

Ausstellungskonzept

Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“

Die Ausstellung

Die Ausstellung beschäftigt sich mit den Ursachen, der Vorgeschichte und dem Verlauf der Friedlichen Revolution sowie mit den vielschichtigen Motiven der handelnden Personen. Die ehemals geteilte Stadt Berlin liefert die idealen Voraussetzungen, um die deutsch-deutschen Aspekte und die Blockkonfrontation der Nachkriegsgeschichte zu veranschaulichen. Da die Revolution nicht mit dem Mauerfall endete, erinnert ein gutes Drittel der Ausstellung an die Zeit ab November 1989, erzählt ihre Geschichte bis zu den freien Wahlen im März 1990 und schildert den spannenden Weg zur deutschen Einheit und darüber hinaus bis zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen im Dezember 1990.

Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen Ostdeutsche, die ihre Angst überwinden und ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen. Sie zwingen Politiker zum Handeln und „machen Geschichte“. Oppositionelle Aktivitäten werden gezeigt, die sich – begonnen von wenigen Menschen – binnen Kurzem zu Bewegungen verdichten, ebenso die Aktivitäten der neuen Bürgerbewegungen und Parteien, die mutigen Demonstrationen und die hilflosen Reaktionen der kommunistischen Machthaber.

Viele stimmen mit den Füßen ab und verlassen das Land, andere wollen die DDR reformieren. Zusammen beseitigen sie die Diktatur der SED. Immer mehr Menschen wenden sich gegen Hoffnungslosigkeit, Verfall und Stillstand in der Gesellschaft, fordern Reisefreiheit und freie Wahlen. Wie rasant die Entwicklung verläuft, kann man daran ablesen, dass noch im Mai 1989 bei der Kommunalwahl etwa 90 Prozent für die Einheitsliste stimmen und nur sechs Monate später Hunderttausende auf den Straßen den Machtanspruch der SED infrage stellen. Ein weiteres knappes halbes Jahr später finden die ersten freien Wahlen in der DDR statt.

Auch die Mehrheiten unter den Demonstranten ändern sich rasch, am deutlichsten wahrnehmbar am Wechsel der Losungen von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“. Selbst nach der Maueröffnung reißt der Strom der Ostdeutschen nicht ab, die das Land Richtung Westen verlassen. Die meisten Wähler entscheiden sich für CDU und SPD, die den schnellsten Weg zur Wiedervereinigung versprechen. Die Geschwindigkeit bestimmen dabei weiterhin die Bürger, die die Regierenden zur Währungsunion und Einheit treiben und sie wenige Tage vor Inkrafttreten des Einigungsvertrages zu einer Änderung, der Offenlegung der Stasi-Akten, zwingen. In der Ausstellung wird nicht nur die Chronologie der Ereignisse der gesellschaftlichen Um- und Neuordnung wiedergegeben. Verdeutlicht werden die Vielschichtigkeit des Prozesses der politischen Willensbildung – mit teilweise durchaus gegenläufigen Interessen –, die Ziele der Bürger, ihre Motive und Handlungsformen, wie etwa Selbstorganisation und Gewaltlosigkeit.

Dass der Mut zum Handeln nicht aus dem Nichts kam, dass es Ursachen und Bedingungen gab, wird dabei ebenso wenig außer Acht gelassen wie die Einflüsse aus den Nachbarländern, ob es die Signale der Solidarnosc aus Polen oder die familiären Bindungen zu den Deutschen auf der anderen Seite der Mauer waren. Die westdeutschen Medien spielten zweifellos eine wichtige Rolle in der Revolution.

Gefördert durch:



Mit Unterstützung von:

Gliederung

Die Ausstellung gliedert sich in die Kapitel „Aufbruch“, „Revolution“ und „Einheit“. Im Abschnitt „Aufbruch“ geht es um die unmittelbare Vorgeschichte der revolutionären Ereignisse, um die Zeit von etwa 1985 bis Sommer 1989. Der Abschnitt „Revolution“ behandelt den Zeitraum zwischen Sommer 1989 und dem Vorabend der DDR-Volkswahl am 18. März 1990. Die heiße Phase der Freiheitsrevolution ist damit abgeschlossen, und der Abschnitt „Einheit“ beschäftigt sich mit der weiteren Demokratisierung der ostdeutschen Gesellschaft und dem nunmehr kurzen Weg zur staatlichen Einheit.

Ein Großteil der Inhalte sind unter www.revolution89.de zu finden:

Aufbruch <http://revolution89.de/aufbruch/gegen-die-diktatur/>

Revolution <http://revolution89.de/revolution/immer-mehr-wollen-raus/>

Einheit <http://revolution89.de/einheit/keine-experimente/>

Ausstellungsumsetzung

Auf 292 laufenden Metern erzählt die Ausstellung die revolutionären Ereignisse. Anschaulich werden die Facetten des gesellschaftlichen Umbruchs von 1989 und des Weges zur deutschen Einheit präsentiert, mit besonderem Blick auf Berlin und den historischen Ort Stasi-Zentrale. Die Ausstellung wird unter freiem Himmel gezeigt, sie ist rund um die Uhr zugänglich und der Eintritt ist frei.

Sie knüpft an die Open-Air-Ausstellung zur Friedlichen Revolution an, die 2009 als temporäres Denkmal auf dem Alexanderplatz zu den Höhepunkten des damaligen Jubiläums gehörte. Für die ständige Exposition wurde auf die Grundstruktur des damaligen inhaltlichen Konzeptes zurückgegriffen und große Teile der Ausstellungstexte wie deren englische Übersetzung wurden wiederverwendet, ebenso die neun Medienstationen. Texte, Bildunterschriften, Fotos und Dokumente wurden einer kritischen Überarbeitung unterzogen, in Teilen ausgetauscht, aktualisiert und ergänzt. Darüber hinaus sind neue Ausstellungsmodulare in Vorbereitung, sogenannte Zeitzeugeninseln, an denen per Smartphone dialogisch inszenierte Zeitzeugenstimmen abgerufen werden können. Für „Revolution und Mauerfall“ neu erstellt wurde eine Audioführung in deutscher und englischer Sprache, weitere Fremdsprachen sowie eine Kinderhörführung sind in Vorbereitung. Audioguide-Geräte können an der Information auf dem Gelände ausgeliehen werden.

Ausstellungsarchitektur und -gestaltung, entsprechend ausgewählte Exponate, die Schriftgröße und geeignete Leitsysteme sorgen für eine gute Orientierung und so für den möglichst barrierefreien Zugang zur Ausstellung. Audio-Guides ermöglichen zudem Menschen mit Sehbehinderungen einen interessanten Ausstellungsrundgang.

Als wissenschaftliche Berater standen Prof. Gisela Grosse und Dr. Jens Schöne dem Ausstellungsteam zur Seite. Beiden haben bereits im Beirat der Ausstellung von 2009 mitgewirkt.

Gefördert durch:



Mit Unterstützung von:



Begleitaktivitäten zur Ausstellung

Ein Informationspunkt in Haus 22 ist täglich acht Stunden geöffnet. Hier finden die Ausstellungsbesucher Sanitäreinrichtungen, kompetente Ansprechpartner, Publikationen sowie andere Materialien zum Ausstellungsthema, hier können sie ein Audioguide-Gerät leihen, Zeitzeugenführungen buchen oder ihre Eindrücke ins Gästebuch schreiben.

Als Begleitpublikation ist ein in zwei Sprachen gedrucktes Magazin in Vorbereitung. Die sechssprachige Internetseite (Deutsch, Englisch, Spanisch, Französisch, Russisch, Türkisch) wurde technisch, gestalterisch und redaktionell vollständig überarbeitet. Sie liefert neben dem kompletten Ausstellungsinhalt ergänzende multimediale Materialien, weiterführende Informationen und einen Ausstellungsblog. Die Ausstellung ist auch im Social Web vertreten (www.facebook.com/AusstellungRevolution89, www.twitter.com/Rev89_de).

Der Ausstellungsbetrieb erfolgt in enger Kooperation mit dem BStU und der ASTAK und stützt sich auf das Potenzial beider Einrichtungen.

Der historische Ort

Im Zuge der Revolution haben Demonstranten ab dem 4. Dezember 1989 Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in der ganzen DDR besetzt. Auslöser waren unübersehbare Anzeichen, dass das MfS seine Akten vernichtet. Unberührt bleibt jedoch zunächst die Zentrale des Ministeriums in Ost-Berlin. Sie kann im Gegensatz zu allen untergeordneten Dienststellen bis zum Januar 1990 ungehindert weiterarbeiten. Erst am 15. Januar 1990 dringen Tausende in die Berliner MfS-Zentrale im Ostberliner Stadtbezirk Lichtenberg ein und nehmen der SED die entscheidende Machtbasis. Die Auseinandersetzungen um das MfS sind ein wichtiger Teil des Machtkampfes während der Freiheitsrevolution in der DDR.

Nach dem Mauerfall verfügt die SED weiterhin über ihren riesigen Machtapparat und ungeheure finanzielle und technische Mittel. Seit Ende November 1989 ist Hans Modrow DDR-Ministerpräsident; in seiner Regierung stellt die SED immer noch die Mehrheit der Minister. Wenige Tage später tritt der Zentrale Runde Tisch zum ersten Mal zusammen. Initiiert wird er von Angehörigen der oppositionellen Gruppen, die mit der Staatspartei in Verhandlungen treten wollen. Zu den wichtigsten Beschlüssen des Runden Tisches gehört die vollständige Auflösung der Staatssicherheit, was einer der ersten Amtshandlungen von Modrow widerspricht: Der hat das MfS in Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umbenannt und seine Verkleinerung angekündigt, um die Geheimpolizei zu erhalten. Mitte Dezember startet der Ministerrat unter Modrow einen erneuten Versuch, mit der Gründung zweier neuer Geheimdienste die Strukturen der alten Geheimpolizei zu retten.

Den Versuch der Modrow-Regierung, die Staatssicherheit im neuen Gewand von Verfassungsschutz und Auslandsgeheimdienst zu etablieren, lehnt die Bevölkerung vehement ab. Vertreter der neu gegründeten Bewegungen und Parteien stellen Hans Modrow am 8. Januar 1990 ein Ultimatum. Er soll sich am Zentralen Runden Tisch verantworten und sein Vorhaben aufgeben. Die Bevölkerung erhöht mit Demonstrationen und Streiks den Druck. So fordern am 11. Januar Bauarbeiter und einen Tag später Taxifahrer vor der Volkskammer die vollständige Auflösung von MfS und AfNS. Demonstranten stürmen schließlich am 15. Januar 1990 die Zentrale der Staatssicherheit

Gefördert durch:



Mit Unterstützung von:



in Berlin-Lichtenberg. Hans Modrow begibt sich sofort zum Ort des Geschehens und versucht beschwichtigend einzugreifen. Die Zentrale wird trotzdem besetzt, die letzte Machtbastion der SED fällt.

Modrow gibt daraufhin sein Unterfangen auf und bietet den oppositionellen Bürgerbewegungen und Parteien an, Vertreter in die Regierung zu entsenden. Nach schwierigen Verhandlungen werden am 5. Februar 1990 acht Minister in die „Regierung der nationalen Verantwortung“ berufen.

Wie schon in vielen größeren Städten im Dezember geschehen, bildet sich nun auch in Berlin ein Bürgerkomitee. Die Komitees formieren sich spontan aus den Reihen der Stasi-Besetzer und versuchen die Auflösung des Geheimdienstes nicht ihm selbst zu überlassen, sondern den Auflösungsprozess einer gewissen öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen. Die Komitees spüren Hunderte geheimer Stützpunkte auf, schalten Telefon- und Abhöreranlagen ab und sichern vor allem die Akten.

Das Berliner Bürgerkomitee nimmt am 16. Januar 1990 seine Arbeit auf und kontrolliert die Taschen von noch aktiven Mitarbeitern der Geheimpolizei. Die meisten MfS-Offiziere werden in den nächsten Tagen entlassen, andere lösen ihren eigenen Tätigkeitsbereich auf. Nach einem Beschluss der Arbeitsgruppe Sicherheit des Zentralen Runden Tisches vom 23. Februar 1990 darf sich die Hauptverwaltung A der Staatssicherheit, die DDR-Auslandsspionage, ohne jegliche Kontrolle selbst auflösen. Erst später wird bekannt, dass sie nicht nur im Ausland spionierte, sondern auch die oppositionellen Gruppen in der DDR verfolgt hat. Auf dem MfS-Areal in Berlin-Lichtenberg agiert darüber hinaus das von der Modrow-Regierung eingesetzte „Staatliche Komitee zur Auflösung des MfS/AfNS“, das später dem DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel untersteht. Der Name soll den Eindruck erwecken, als handle es sich bei der Einrichtung um die Weiterführung der Arbeit der Bürgerkomitees. Dem ist nicht so. Vielmehr behindert das staatliche Auflösungskomitee, in dem mehrheitlich vormals hauptamtliche Mitarbeiter des MfS aktiv sind, die Bürgerkomitees bei ihrer Arbeit. Das lässt die Bürgerbewegung und große Teile der Ostdeutschen an der Ernsthaftigkeit des Auflösungswillens der Politik zweifeln. Die Bürgerkomitees kämpfen darum, die Auflösung der Staatssicherheit weiterführen zu können.

Seit dem Frühjahr 1990 bringen die Medien laufend neue Meldungen über Verbrechen der Staatssicherheit. Immer wieder werden Spitzel in verantwortlichen Positionen enttarnt. Mitglieder des Erfurter Bürgerkomitees finden Hinweise dafür, dass mehrere Kandidaten für die erste freie und demokratische Volkskammerwahl im März 1990 zuvor Spitzel der Geheimpolizei waren. Sie fordern deshalb die Überprüfung aller gewählten Volkskammerabgeordneten. Diese Überprüfung droht jedoch zu scheitern. Daraufhin rufen das Neue Forum und andere Bürgerbewegungen im März 1990 zu landesweiten Protestkundgebungen auf. In Berlin versammeln sich am 29. März rund 50.000 Menschen.

Nach der Volkskammerwahl drängt Innenminister Peter-Michael Diestel den Einfluss der Bürgerkomitees zurück. Er sperrt ihnen kurzerhand den Zugang zum Archiv und schickt den Komiteemitgliedern für Ende Juni 1990 die Entlassungsbescheide.

Im Juni wird ein Sonderausschuss der Volkskammer zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit unter Leitung von Joachim Gauck berufen. Die Kontrolle der Stasi-Auflösung geht an die Parlamentarier über.

Gefördert durch:



Mit Unterstützung von:



Eine eigens eingesetzte DDR-Regierungskommission und der Sonderausschuss der Volkskammer erarbeiten ein Gesetz zum Umgang mit den Stasi-Akten. Es legt fest, dass die Akten nicht vernichtet werden und jedem betroffenen Bürger zugänglich sein sollen. Das nach heftiger Diskussion im August verabschiedete Gesetz wird allerdings nicht in den Einigungsvertrag aufgenommen, da die Bundesregierung die Akten geschlossen halten will.

Bürgerrechtler besetzen deshalb am 4. September 1990 das Archiv des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg. Sie fordern, dass den Opfern der SED-Diktatur ihre Stasi-Akten zugänglich gemacht werden und dass der Verbleib sowie die weitere Verwendung dieser Unterlagen im Einigungsvertrag klar geregelt werden. Eine Mahnwache schafft die öffentliche Aufmerksamkeit für die Archivbesetzer. Die gut besuchten täglichen Kundgebungen zeigen, dass die Besetzer vielen Ostdeutschen aus dem Herzen sprechen. Die müssen erleben, dass sie von vielen der neuen, frei und demokratisch gewählten Volksvertreter keinen ehrlichen und offenen Umgang mit der Vergangenheit erwarten können. Während der Volkskammersitzung am 28. September 1990 kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen unter den Abgeordneten über den Umgang mit den Stasi-Akten. Sie streiten stundenlang leidenschaftlich darüber, ob und auf welche Weise die Namen von Abgeordneten mit Stasi-Vorbelastung bekannt gegeben werden sollen. Aus den Fraktionen der Neugründungen von SPD und Bündnis 90 wird dies vehement gefordert, von CDU-Vertretern mit Herkunft aus den früheren Blockparteien dagegen entschieden abgelehnt.

Nicht wenige Ostdeutsche befürchten, dass sie weiter ein Spielball von Geheimdiensten bleiben werden, wenn diese den alleinigen Zugriff auf die Stasi-Akten bekommen. Unerträglich ist ihnen zudem die Vorstellung, dass bundesdeutsche Behörden diese Akten verwenden dürfen, ohne dass die Bespitzelten deren Inhalt kennen.

Mit ihren massiven Protesten erreichen die Lichtenberger Archivbesetzer gemeinsam mit den Bürgerrechtlern in der Volkskammer und breiter Unterstützung aus der Bevölkerung eine Regelung im Sinne des Volkskammergesetzes. Die Proteste im September 1990 erzwingen schließlich, dass zum ersten Mal die Akten einer Geheimpolizei geöffnet werden. Heute ist im wiedervereinigten Deutschland der Zugang zu den Unterlagen des MfS nach rechtsstaatlichen Grundsätzen geregelt.

Intention und Relevanz der Ausstellung

Der Fall der Mauer am Abend des 9. November 1989, einer der Höhepunkte der Friedlichen Revolution, ist heute das bekannteste Symbol für das Ende der SED-Diktatur, für den Untergang des Kommunismus. Die Freiheitsrevolution zeigt, dass Diktaturen überwunden werden können; der Mauerfall gilt weltweit als Symbol für das Erlangen von Freiheit. Bei vielen Menschen ist damit die Hoffnung verbunden, dass ihrer Heimat eine ähnliche Entwicklung vergönnt sein möge. In der Dauerausstellung wird explizit auf den friedlichen und erfolgreichen Verlauf einer Revolution mit demokratischen Zielen aufmerksam gemacht – was nicht selbstverständlich ist, wie wir aktuell erleben.

Präsentiert wird die Open-Air-Schau der RHG an dem Ort, an dem der SED die entscheidende Machtbasis, ihr „Schild und Schwert“, endgültig entrissen wurde. Sie ergänzt so in idealer Weise die neue Dauerausstellung im Stasi-Museum. In Haus 1 wird gezeigt, wie die Verfolgung und Unterdrückung von Regimegegnern geplant und

Gefördert durch:



Mit Unterstützung von:

umgesetzt wurde. Auf dem Hof davor wird erzählt, wie die kommunistische Diktatur besiegt wurde.

Das Machtzentrum und die Schaltzentrale der SED-Diktatur lagen in Ost-Berlin. Als Ostdeutsche am 15. Januar 1990 in Berlin-Lichtenberg eine der letzten Bastionen der SED-Herrschaft stürmten, machten sie den Ort zu einem der wichtigsten Schauplätze der Revolution. Dieser historische Ort ist somit zugleich ein Symbol für die Diktatur in der DDR wie für deren Überwindung und deshalb wie kaum ein anderer für eine Ausstellung über den Kampf um die Freiheit, die Gestaltung von Demokratie und den Weg zur deutschen Einheit geeignet. Von hier aus wurde auch der Einigungsvertrag mitgestaltet, als Bürgerrechtler im September 1990 das Stasi-Aktenarchiv besetzten und die Öffnung der Akten erzwangen. Bis in die heutige Zeit machen sich viele öffentliche und kontrovers geführte Diskussionen über den Umgang mit Geschichte an diesem Ort fest.

Die Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ wird wesentlich dazu beitragen, die ehemalige Stasi-Zentrale als Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand zu entwickeln. Das Ausstellungsthema ist wie geschaffen um am authentischen Ort positive Erfahrungen deutscher Demokratiegeschichte gerade an junge Menschen ohne eigene Diktaturerfahrungen zu vermitteln und damit deren Bewusstsein für Freiheit, Recht und Demokratie zu prägen.

Ausstellungsimpressum

Die Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ ist ein Projekt der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. Sie wird gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages, durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin sowie durch das Bezirksamt Berlin-Lichtenberg.

Veranstalter

Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., Schliemannstraße 23, 10437 Berlin

Projektleitung

Tom Sello

Kuratoren

Stefanie Wahl, Tom Sello

Digitale Angebote, Marketing und Kommunikation

Dr. Ilona Schäkel

Ausstellungstexte

Tina Krone, Dr. Doris Müller-Toovey, Andreas Pausch, Dr. Christian Sachse, Tom Sello, Stefanie Wahl

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dipl.-Des. Gisela Grosse, Dr. Jens Schöne

Lektorat

Dr. Stephan Lahrem

Gefördert durch:



Mit Unterstützung von:



Übersetzung

Katy Derbyshire, Karen Margolis, Linda Jayne Turner

Zeitzeugeninterviews

dokumentARfilm GmbH, das apartment

Audioguide

Acoustiguide GmbH

Kommunikationsdesign

Kulturprojekte Berlin GmbH

Website

Rubinmedia. Agentur für visuelle Kommunikation GmbH

Ausstellungsarchitektur, Ausstellungsgrafik, Medienstationen

eckedesign, Berlin

Ausstellungsbau

SEIWO Technik GmbH

Projektsteuerung

Jens Henningsen

Projektmanagement

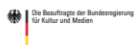
Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.:

Dr. Olaf Weißbach (Geschäftsführung), Frank Ebert, Antonia Gradnitzer, Rebecca Hernandez Garcia, Tina Krone, Hagen Meutzner, Nils Müller, Christoph Ochs, Ingrid Post, Knut Riedel, Christoph Sauter, Tom Sello, Petra Söllner, Sarah Wieck, Sebastian Zilm

Vorstand

Siegfried Zoels, Ulrike Poppe, Reinhard Weißhuhn

Gefördert durch:



Mit Unterstützung von:

